

Rede der Landesvorsitzenden Birke Bull

3. Tagung des 3. Landesparteitages am 17. November 2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und liebe Genossen!

Demokratie lebt vom Widerspruch.

Demokratie braucht den Widerspruch.

Sie braucht den Widerspruch von betroffenen Menschen, wie den der Beschäftigten bei S-Direkt, die 16 Wochen lang – 117 lange Tage also – mit einer beeindruckenden Geschlossenheit und viel viel Mut für einen halbwegs angemessenen Tarifvertrag gestreikt haben. Sie haben damit ein politisches Signal gesetzt – ein Signal des Aufbruchs. Denn: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt.“

Die parlamentarische Demokratie traf auf den Widerspruch der Erzieherinnen, die den Ganztagsanspruch für die Kinder erwerbsloser Eltern und eine Verbesserung ihrer pädagogischen Rahmenbedingungen gegenüber der Politik erzwungen haben.

Demokratie braucht den Widerspruch von Betriebs- und Personalräten, von Erwerbsloseninitiativen, von Gewerkschaften und Sozialverbänden.

Sie braucht auch den Widerstand eines mutigen Landrates, der den Sachzwängen ab und zu auch die Stirn zeigt, und stattdessen Visionen entwickeln kann.

Und deshalb drücken wir unserem Kandidaten im Altmarkkreis Stendal – Mario Blasche – von hier aus alle Daumen für die Landratswahl morgen! Mach deine Sache gut, Mario!

Und: Sie braucht den lebendigen und starken Widerspruch einer linken Oppositionspartei im Bundestag.

Deshalb ist unser Auftrag für die kommenden Monate ein klarer: Dafür zu sorgen, dass DIE LINKE stark bleibt im Bundestag.

Wir haben gute Vorschläge und diskussionswürdige Konzepte.

Wir haben aber auch offene Fragen. Genau das macht DIE LINKE interessant – auch im Wahlkampf: die spannende Kontroverse, die kulturvoll ausgetragene Differenz, DIE LINKE auch zu erleben als sozialen Ort. Nicht zuletzt die Möglichkeit für viele politisch Interessierte, sich einzubringen mit Erfahrungen, mit unkonventionellen Ideen – noch nicht in jedem Fall durchgerechnet, aber immer diskussionswürdig.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
fast jeder 4. Beschäftigte geht in diesem Land zur Arbeit und wieder nach Hause mit einem Lohn, der zum Leben nicht reicht – im Jahr 2011 waren das ca. 23 Prozent.
Mit diesem Einkommen sind Menschen von Armut und Ausgrenzung bedroht.
Denn so ist ein würdiges Leben, die Teilhabe an Kultur, an Bildung, am Vereinsleben kaum möglich. Ihre bedrohliche Perspektive ist Altersarmut.
Die Zahl der arbeitenden Leute, die zum Amt gehen müssen, damit es zum Leben reicht, steigt stetig. Im Jahr 2011 waren das 1,35 Mio. Erwerbstätige – die Hälfte derer waren sogar vollzeitbeschäftigt. Und: Die Zahl der Geringverdienerinnen und –verdiener mit einem Stundenlohn unter 8,50 Euro ist in den östlichen Ländern doppelt so hoch im Vergleich zu den westlichen Bundesländern.
Auf der anderen Seite steigt die Zahl derer, die genau davon profitieren – und das ist in der Regel eben nicht der kleine Handwerker um die Ecke oder die Inhaberin des Frisörsalons. Das Einkommen der ärmsten zehn Prozent ist in den letzten 10 Jahren nach Erkenntnissen des sozioökonomischen Panels – eine Langzeitbeobachtung der Lebensverhältnisse hier – um 9,6 Prozent gesunken, während das reichste Zehntel der Bevölkerung noch weitere 16,6 Prozent hinzu gewann.
Das Vermögen wiederum ist hierzulande noch viel ungleicher verteilt als das Einkommen. Die reichsten 10 Prozent besitzen zusammen sogar zwei Drittel. Die Hälfte der Bevölkerung hingegen hat nahezu nichts oder unterm Strich nur Schulden.
Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Gegenteil von Gerechtigkeit. Das höhlt die Demokratie in diesem Land aus. Das zeichnet das Bild einer Gesellschaft, die auseinander-zubrechen droht.
Aber vor allem: Das offenbart Verhältnisse, die verändert gehören.

DIE LINKE steht klar und unmissverständlich für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn – und zwar von 10 Euro.
Und wir fordern – auch als Teil eines breiten Bündnisses, des Bündnisses „Umfairteilen“ – die Einführung einer Vermögenssteuer. Es ist an der Zeit.
Wir wollen den Machenschaften, die unweigerlich an Methoden des Manchesterkapitalismus erinnern, Stoppschilder setzen: gesetzliche, politische und gesellschaftliche. Es ist an der Zeit.
Gut zwei Drittel der Bevölkerung unterstützen die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.
Ebenso unterstützen 77 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Forderung nach einer Vermögenssteuer. Das ist kein Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN, sondern das Ergebnis einer Forsa-Umfrage im April dieses Jahres.
Dafür werben wir um Bündnisse.
Deshalb: Herzlichen Dank an die Einzelgewerkschaften – insbesondere an ver.di – die ein gemeinsames Engagement im Bündnis gegen Niedriglohn und miserable Arbeitsbedingungen noch nicht abgeschrieben haben – im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir wollen demokratische Mitbestimmung in den Unternehmen weiter verbessern.
Mir selbst ist seit dem Besuch bei den Streikenden von S-Direkt einmal mehr klar geworden: Demokratische Mitbestimmung ist ein höchst wirkungsmächtiger Hebel – auch in den Unternehmen, mindestens in den Tarifaueinandersetzungen.
Ein sehr wirkungsmächtiger Hebel, um Menschen politisch zu aktivieren, gegen Angst, Isolation und Duckmäusertum, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.
Deshalb wird sie ja auch vehement und sehr subtil bekämpft in manchen Unternehmen.
Lothar Phillip – der hallesche ver.di-Kollege – hat es auf den Punkt gebracht:
„Dieses Unternehmen wird nach dem Streik eine andere Belegschaft vorfinden als vorher: widerborstig, selbstbewusst und geschlossen.“
Demokratie lebt vom Widerspruch, auch und gerade in Arbeitskämpfen und tariflichen Auseinandersetzungen!

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie braucht auch die Widersprüchlichkeit. Und so hat DIE LINKE auch Fragen: Hat die Kopplung von Arbeit und sozialer Sicherung eine Zukunft? Mit anderen Worten: Was brächte ein bedingungsloses Grundeinkommen? Wo liegen dort die brüchigen Stellen? Welche Beschäftigungspolitik ist vereinbar mit ökologischen Entwicklungspfaden? Wie gestalten wir Brüche und Wandel?
Dafür brauchen wir Plattformen und Möglichkeiten, um diese Fragen zu diskutieren und Menschen, die sich eingeladen fühlen, dies mit uns gemeinsam zu tun.

Liebe Genossinnen und Genossen,
Unsere Gesellschaft braucht dringend einen Plan B – einen Plan B für den sozial-ökologischen Umbau, der im Hier und Heute beginnen kann.
Wir brauchen einen roten Faden für den sozial-ökologischen Umbau.
Mit einem Geringverdienereinkommen kann man sich keine energieeffiziente Waschmaschine kaufen. Da muss man geradezu Zorn und Verzweiflung empfinden, wenn man bei S-Direkt arbeitet, in Sangerhausen wohnt und die Preise an der Tankstelle exorbitant weiter steigen.
Mit einem solchen Einkommen muss man sich quasi von Konzepten für einen ökologischen Umbau bedroht fühlen. Und ehrlich gesagt: Man hat dann – glaube ich – ganz andere – auch irgendwie irdische Sorgen.
Es darf nicht nur ein Privileg der Mittelschicht und der BestverdienerInnen sein, gut gedämmt und mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach zu wohnen, die Lebensmittel vom Bio-Laden oder Bio-Bauernhof zu holen oder sich ein Hybridauto zu leisten.
Hier werden wir gebraucht, liebe Genossinnen und Genossen. Es braucht unseren roten Faden für den sozial-ökologischen Umbau. Ein solcher Umbau muss alle Menschen mitnehmen. Wer den ökologischen Umbau will, muss diesen Wandel möglichst angstfrei gestalten. Der Energiewandel muss von links gestaltet werden. Wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien. Ja, Energiegewinnung aus Kohle ist, auch wenn sich das vor Ort in der Region schwer aussprechen lässt, ein Auslaufmodell.
Mehr Demokratie und Bürgernähe ist nötig durch die Förderung von Energiegenossenschaften oder anderen dezentralen Modellen von Energieversorgung. Dafür gibt es durchaus

schon ganz praktische Beispiele, deren Probleme und Schwierigkeiten müssen uns veranlassen nachzubessern oder Neues zu durchdenken.

Wir brauchen Sozialtarife oder eine kostenfreie Basisversorgung mit Strom.

Weil: Energiepolitik muss sozial abgefedert werden, ebenso wie soziale Abfederung ökologische Anreize setzen muss.

So verstehe ich den roten Faden.

Die Kommunalen Unternehmen können soziale und ökologische Städteplanung und Energieversorgung einfach besser. Verkehrsströme und Mobilitätsbedürfnisse zum Beispiel können und müssen kommunal und regional gesteuert und letztlich zurückgefahren werden. Deshalb stehen wir für die Rekommunalisierung privatisierter Aufgaben und Wirtschaftsbereiche, die für einen solchen ökologischen Umbau relevant sind.

Wenngleich auch dort gilt: Vertrauen ist gut, demokratische Kontrolle ist besser.

Wir brauchen eben nicht nur sparsame Autos, sondern wir brauchen preisgünstige öffentliche Verkehrssysteme, die den PKW-Verkehr in den Metropolen halbieren und Leute auf dem Land nicht abhängen.

Wir denken zum Beispiel darüber nach, die öffentliche Beschaffung in den Kommunen – also das, was Städte und Gemeinden oder die Landesverwaltung so brauchen für den normalen bürokratischen Betrieb, an soziale und ökologische Regeln zu binden. Immerhin werden hier ca. 300 Mrd. Euro im Jahr durch die öffentliche Hand ausgegeben. Eine gute Steuerungsmöglichkeit also für den Anfang.

Auch wenn es die privaten und öffentlichen Unternehmen ärgert, weil sie denken, das hält nur auf. Ja, das hält in der Tat auf, nämlich den langfristigen sozialen und ökologischen Ruin unserer Lebensgrundlagen. Und das ist doch schon mal ein erster Schritt.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir werden den Stein der Weisen auch hier nicht finden, weil er nicht im Angebot ist. Und auch hier gilt: Demokratie lebt von der Widersprüchlichkeit.

Wir müssen weiter diskutieren: Ist es möglich, die herkömmliche Wirtschaftsweise und ihre Steuerungs- und Anreizregeln ökologischer zu gestalten ohne sie substanziell zu verändern? Mit anderen Worten:

Kann hier ein Umbau bei laufendem Betrieb gelingen? Oder um im Bild der Technologinnen und Technologen zu bleiben: Welche Maschinen müssen umgebaut werden? Welche Maschinen müssen abgestellt werden? Welche müssen neu erfunden werden? Wie kann es gelingen, einen solchen Umbauprozess zu steuern? Und zwar politisch und eben nicht allein durch den Markt – der bringt durchaus einiges zu Wege – man sollte das auch nicht gering schätzen, machen wir ja auch nicht – aber eben nicht einen sozial-ökologischen Umbau in gesamtgesellschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Perspektive.

Die Bundestagsfraktion hat dazu ein interessantes Projekt entwickelt: Die Internetplattform www.plan-b-mitmachen.de. Hier gibt es Denkanstöße, Vorschläge und offene Fragen. Aber auch im wirklichen Leben wird darüber heiß gestritten in Diskussionsrunden, bei Stammtischen und traditionellen Vorträgen. Ich finde, das ist beispielhaft für einen Mitmachwahlkampf, so wie wir ihn uns vorgenommen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir leben in einer digitalen Gesellschaft.

Viele notwendige und hilfreiche Dinge des Lebens sind mittlerweile ohne Computer und Internet nicht mehr denkbar.

Wenn ich clever bin, muss ich mich bei der Deutschen Bahn nicht in die Schlange am Fahrkartenschalter einfädeln, sondern erledige das am Computer.

Wenn ich gut ausgerüstet bin, kann ich an jedem Ort und zu jeder Zeit auf meinen ganzen gesammelten Wissensvorrat zugreifen – damit habe ich einen akzeptablen Wissensvorsprung.

Wenn ich auf „Einkaufsstress“ verzichten möchte, kann ich beinahe den gesamten Weihnachtseinkauf per Knopfdruck erledigen.

Aber: Es geht um weit mehr als um Dienstleistungen.

Viele Menschen sind oftmals hin- und hergerissen

- zwischen Neugier auf das, was dadurch möglich wird (einerseits) und der Überforderung der eigenen Kräfte und Kompetenzen, um das Neue auch für sich nutzbar zu machen (andererseits),
- zwischen einem spannenden und – wenigstens in der Summe – erfolgreichen Lernprozess (einerseits), auf den sich viele (auch ältere Menschen) einlassen und kategorischer Ablehnung aus ganz verschiedenen Gründen (andererseits).

Digitale Spaltung der Gesellschaft bedeutet Ausgrenzung,

- wenn die Ressourcen fehlen, schließlich müssen z.B. Computer und Internet auch bezahlt werden,
- wenn die Misserfolgserlebnisse das Maß an verbliebener Neugier übersteigen, dann gibt man auf und beginnt dagegen anzukämpfen, möglicherweise gerade ein Problem in einer alternden Gesellschaft oder
- wenn der Verlust von realen sozialen Beziehungen im Alltag empfunden wird.

Alles das begegnet uns auch in unserer eigenen Partei. Natürlich ist das Internet als solches nicht per se demokratisch oder macht die Welt automatisch gerechter. Natürlich ist es wie bei fast allen Dingen des Lebens: Es gibt Chancen und es gibt Risiken. Entscheidend sind die Verhältnisse, unter denen das alles stattfindet. Und die müssen wir mitgestalten!

Da geht es:

- um Zugangsmöglichkeiten für alle – technisch und inhaltlich,
- um reale Möglichkeiten, notwendige Kompetenzen im Umgang mit den neuen Medien zu erwerben,
- um die Gestaltung von Besitzverhältnissen und Marktmechanismen, die den Zugang zu Informationen und Wissen nicht künstlich verknappen im Sinne des Profits,
- um Schutz von Persönlichkeitsrechten, von Privatheit, es geht um Datenschutz.

Nicht zuletzt darf uns der kritische Blick darauf, wie diese neuen Medien das gesellschaftliche Leben verändern, nicht abhandeln kommen.

Unsere Botschaft kann aber eben nicht lauten:

Das ist Teufelszeug oder neumodischer Krams, nur was für Verrückte, Faule oder Kontaktscheue. Dann landen wir genau neben der Spur, neben dem, was Menschen im wirklichen Leben bewegt.

Unsere Botschaft muss lauten: Wir mischen uns ein, dass die Potenziale, die die digitale Welt bereithält, die Welt tatsächlich ein kleines Stück gerechter und demokratischer machen – und zwar für alle.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen

„Frieden beginnt, da wo wir sind.“

Dort, wo bereits zum 232. Mal engagierte Friedensaktivistinnen und –aktivisten sonntags gegen die militärische Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide protestieren. Und dort, wo vor allem junge Leute, gegen die 100 Mio. Euro teure Kriegsübungsstadt „Schnöggersburg“ protestieren.

Wir brauchen keine solchen Übungsstädte – nirgendwo. Denn wir wollen gar nicht erst, dass Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan oder anderswo in Sachen militärischer Gewalt unterwegs sind.

Kriegerische Auseinandersetzungen hinterlassen immer Hass, Zorn und potenzielle Gewalt. Und auch wenn wir noch nicht auf alles eine Antwort haben: mit militärischer Intervention ist keine nachhaltige Friedenssicherung möglich.

Wir wollen die Außenpolitik der Bundesregierung in die Bredouille bringen, ja, weil wir sie zwingen wollen, den Kurs zu ändern, weil wir sie dazu bringen wollen, den Druck auf Bündnispartner aufzumachen.

Es ist höchste Zeit für ein Ende aller Kampfeinsätze! Rüstungsexporte gehören verboten!

Und ein nachdenkliches Wort am Rande:

1968 sind in Deutschland Notstandsgesetze beschlossen worden. Bei Naturkatastrophen, Unglücksfällen und bewaffneten Aufständen war ein Einsatz der Bundeswehr im Innern geduldet. 2006 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass auch ein drohender Terrorangriff ein „Unglücksfall“ sei. Das Zugeständnis war damals, keine Panzer und kein Kriegsgerät dabei einzusetzen. 2012 entschied jenes Bundesverfassungsgericht, auch für Unglücksfälle dürfen Panzer und militärisches Gerät eingesetzt werden.¹

Wir wollen keine solche schrittweise Militarisierung der Gesellschaft – als einen schleichenden Gewöhnungsprozess, der den kritischen Geist frisst und bequem macht. Und nicht zuletzt: Wir sind schon für unternehmerische Gewinne: nicht jedoch durch Krieg und Kriegsmaschinerie!

Aber wir sind in einigen Fragen eben auch hier noch nicht am Ende.

Militärische Gewalt ist für uns inakzeptabel und deshalb indiskutabel.

¹ Christian Rath: Auf dem Weg zum militarisierten Alltag, online: <http://www.taz.de/Kommentar-Bundeswehr-im-Innern/!99882/> [Stand: 5.November 2012]

Wie begegnen wir aber stattdessen real vorhandenen Konflikten in der Welt?

Wie kann man einem syrischen Diktator das Handwerk legen, der dem Wandel, der ihm entgegenschlägt – und zwar gleich welcher Ausrichtung – mit Waffengewalt begegnet? Unsere Vorschläge und Konzepte für zivile Konfliktlösungsstrategien müssen konkreter werden. Konkreter vor allem dann, wenn es für Präventionsstrategien ganz real zu spät ist – auch das gab es in der Vergangenheit.

Das sind schwierige Fragen, die nicht etwa Kampfeinsätze durch die Hintertür legitimieren sollen. Nein – es sind schwierige Fragen, die zeigen, dass wir noch zu diskutieren, noch zu arbeiten haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor ungefähr einem Jahr flog in Deutschland ein faschistisches Terror-Trio auf.

Bis dahin waren bereits 10 Menschen brutal ermordet worden, allein deshalb weil 9 von ihnen nicht deutscher Herkunft waren.

Seit dem müssen Untersuchungsausschüsse um Akten regelrecht kämpfen.

Und regelmäßig wird bekannt, dass es unzählige Vertuschungsversuche gab. Wie sonst ist es zu werten, dass durch den Berliner Verfassungsschutz noch im Frühjahr 2012 Akten geschreddert worden sind – fast ein halbes Jahr nachdem die Öffentlichkeit aufmerksam geworden war.

Und was ich an dieser Stelle gern ganz klar zurückweisen möchte ist der Versuch, den Spieß der Verantwortung umzudrehen, in der Zeitung Leute zu kriminalisieren und zu verunglimpfen, die sich engagiert um Aufklärung bemühen – konsequent gegen das behördliche Mauern. Es ist engagierten überregionalen JournalistInnen und AktivistInnen zu verdanken, dass die Dinge Schritt für Schritt ans Licht kommen, dass hier Aufklärung und Transparenz einzieht.

Der Verfassungsschutz hat fertig, und deshalb gehört er abgeschafft.

Er hat sich als untauglich erwiesen, weil es absurd ist, mit Rechtsextremisten den Rechtsextremismus bekämpfen zu wollen.

Die Verfassung ist im Grunde nur mit Demokratie, mit demokratischen Mitteln und Engagement zu schützen und nicht mit dem Gegenteil davon.

Seit dieser Woche liegt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu antidemokratischen Haltungen vor. Einmal mehr wird deutlich: Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen von dem, was eine Gesellschaft zu bieten hätte, die das untrügliche Gefühl haben, dass es ungerecht zugeht, dass das, was sie einbringen könnten in ein Gemeinwesen, nicht gefragt, nicht geschätzt oder bereits abgeschrieben ist – dann beginnt Resignation, dann erscheint der Ruf nach autoritären Verhältnissen als etwas Erleichterndes, als etwas, was endlich mal was bewegt.

Aber so bewegt sich eben nichts – jedenfalls nicht hin zu einer gerechteren Gesellschaft.

Bewegen und integrieren kann nur erlebte Demokratie, tatsächliche Teilhabe – mit all den dazugehörigen anstrengenden Vorgängen, den mühsamen Auseinandersetzungen, den Irrtümern, Erkenntnissen, Erfolgen und Misserfolgen.

Das klingt anstrengend. Aber es ist dann faszinierend, wenn Menschen sich dabei erleben, als ein wichtiger Teil der Gesellschaft, als jemand auf den es ankommt, auch ankommt – jemand der gefragt und wertgeschätzt wird.

Deshalb ist die Frage von Demokratie ein wichtiger roter Faden auch für uns – in unseren Programmen, in unseren Vorschlägen, aber auch innendrin bei dem, was wir im eigenen Landesverband vorleben.

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

alle Parteien sitzen in den Startlöchern für die bevorstehende Bundestagswahl bzw. begeben sich augenblicklich dort hin. Die SPD hat mit ihrem teuren Genossen „Vizekanzlerkandidat“ ein Eigentor abgeliefert. Mal ganz abgesehen davon, dass sich die interessierte Beobachterin oder der interessierte Beobachter bei der Debatte um Nebeneinkünfte nunmehr fragt, welches seine Nebentätigkeit nun eigentlich ist?

Peer Steinbrück stand und steht im Grunde für die AGENDA 2010. Er stand und steht für die Rente mit 67. Er steht in Verantwortung für den boomenden Niedriglohnsektor, für die wachsende Schere zwischen arm und reich.

Das klingt platt, trifft aber den Kern der Sache. Gut getroffen damals, aber falsch gezielt.

Und: Über den Radius seiner Beinfreiheit bin ich mir völlig im Klaren. Über den Radius seiner Beinfreiheit wird ganz und gar die CDU bestimmen und niemand sonst. Und wie das funktioniert, das kann man ganz trefflich in Sachsen-Anhalt studieren:

Der Ganztagsanspruch für Kinder erwerbsloser Eltern wird wieder eingeführt. Ja.

Der jahrelange Druck vieler Engagierter im Bündnis „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ – darunter auch der LINKEN – hat sich gelohnt – nach 7 Jahren. Beim Tragen zum Jagen – da sind wir durchaus schon einen Schritt weiter.

Aber selbst wenn man das als Schritt in die richtige Richtung bezeichnen würde:

Die SPD spricht gern über die Notwendigkeit längeren gemeinsamen Lernens. Zustände gebracht haben beide Koalitionsparteien ein Gemeinschaftsschulverhinderungsgesetz, mit dem die Idee des längeren gemeinsamen Lernens komplett ruiniert und der Lächerlichkeit preisgegeben wird. Die CDU lässt die Kämpfe um die Integrierte Gesamtschule – im Grunde ist die Gemeinschaftsschule der SPD nichts anderes – noch einmal aufleben und arbeitet sich daran ab.

Die SPD inszeniert ihren eigenen Leidensdruck beim Boom des Niedriglohnsektors bei den Streikenden von S-Direkt, hält große Reden vom gesetzlichen Mindestlohn und stimmt im selben Augenblick im Landtag dagegen.

Die Sozialdemokraten befinden einerseits wir haben zu viele Lehrerinnen und Lehrer. Gleichzeitig müssen wir Schulen schließen, weil wir zu wenig Lehrkräfte haben. Gleichzeitig befürchtet das Kultusministerium die Unterrichtsversorgung im nächsten Jahr nicht mehr absichern zu können. Das ist Politik frei von den Zwängen der Logik. Ein Schritt vor und zwei zurück heißt die Devise der schwarz-roten Koalition.

Na klar haben die Sozialdemokraten für alle ihre Forderungen, außer der nach der Schuldenbremse, den falschen Koalitionspartner. Nur wo bleibt der Leidensdruck?

Und an der Wahl der Koalitionspartner kann man immer auch erkennen, welchen Stellenwert die eigenen vermeintlichen Kernforderungen in Wirklichkeit haben.

Und im Übrigen: Auch für das Betreuungsgeld der Bundesregierung gilt: Wer hat's im Grunde erfunden? Es war die große Koalition unter Beteiligung der SPD im Jahr 2008.

So viel zum Kapitel Glaubwürdigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist kein Gerücht, dass wir noch nicht wieder bei unseren Potenzialen der letzten Bundestagswahl 2009 angekommen sind.

Wir haben diskussionswürdige Vorschläge, wir haben klare Forderungen, die wir auch ernst meinen, wir kommen nicht mit den Löffeln letzter Weisheit daher.

Gut aufgestellt sind wir allerdings nur, wenn das potenzielle Wählerinnen und Wähler auch wissen bzw. erfahren.

Nicht ganz zuletzt ist die Frage der Spitze auch für einen Wahlkampf eine wichtige.

Wir, der Landesvorstand und der Landesausschuss, möchten euch deshalb heute – quasi als Auftakt für den beginnenden Wahlkampf – einen Vorschlag machen:

Dr. Petra Sitte verkörpert das, was DIE LINKE erfolgreich machen kann. Sie ist eine ehrliche politische Haut: Ungerechtigkeit bringen sie auf die Palme und sie verbringt auch in Abwesenheit von Kameras, Journalismus und sonstigen Bühnen ihre Zeit bei Streikenden von S-Direkt. Sie ist bekannt in Sachsen-Anhalt wie eine bunte Mütze. Der Respekt ist ihr vielerorts gewiss. Sie weckt die Neugier auf unsere Partei, selbst bei denen, die noch ein bisschen brauchen, uns gut zu finden oder gar zu wählen.

Sie kann richtig lange zuhören und dranbleiben, wenn Leute ihr was zu sagen haben.

Sie ist ein kritischer Geist, eine Querdenkerin, die immer auch den Mut zum Widerspruch hat – auch in der eigenen Partei, auch gegenüber den eigenen Sympathisantinnen und Sympathisanten.

Sie ist eine Frau – und damit wird deutlich – wir sind kein Männerladen und wir wollen keiner werden. Mit ihr hätte ich ein gutes Gefühl.

Genauso wie mit der sachsen-anhaltinischen Landesgruppe, die bereits in den vergangenen Jahren vieles zu Wege gebracht hat, auf die wir bauen können und werden. Herzlichen Dank auch an euch für so viel Engagement und Zähigkeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Demokratie braucht den Widerspruch, Demokratie lebt vom Widerspruch!

Mit einer starken LINKEN kann sie sich dessen auch ganz sicher sein.

Bundestagswahlen gewinnt man eher nicht im Parlament und seinen Ausschüssen, sondern nah bei den Leuten, am Info-Stand, in öffentlichen Diskussionen, mit witzigen und originellen – ja auch ungewöhnlichen – Aktionen, ohne den Löffel der Weisheit, dafür mit Angeboten, die überzeugen, die anschlussfähig sind, Angebote, die Menschen nicht nur für nötig, sondern auch für machbar halten, die sie als praktikable Politik erkennen, die mehr Lust auf Aufbruch machen, als dass sie bei Resignation und Bestürzung über die Verhältnisse ausharren.

Dafür müssen wir kämpfen und überzeugen.

Wir brauchen eine starke Fraktion DIE LINKE im nächsten Bundestag. Eine Herausforderung wartet auf uns. Diese Herausforderung braucht jede und jeden!